Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Juli 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wochentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27951, 27952, 27953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 175 — Freitag, 25. Juli 1924 — XXXII. Jahrg.

Darf Deutschland eingeladen werden?

Ein „juristischer Ausschuß" zur Klärung der Frage — Poincaré bereitet neue Sanktionspläne vor — Amerikanische Finanzkreise halten eine Besetzung von Hamburg für möglich

Hughes urteilt ungünstig

Telegramm unsres zur Londoner Konferenz entsandten Sonderkorrespondenten

o. London, 24. Juli

Nach der gestrigen zweiten Vollsitzung, die kaum eine Stunde dauerte und lediglich rein formale Fragen behandelte, sagte ein belgischer Delegierter: **„Wir wissen nicht, ob die Konferenz gestorben oder ob sie bloß scheintot ist."** Das ist eigentlich die Frage, die man sich jetzt vorlegt. Es ist eine sichtbare Verwirrung in Konferenzkreisen entstanden. Die Staatsmänner machen den Bankleitern den Vorwurf, daß sich die Hochfinanz in politische Fragen einmische und den Versuch mache, mit Hilfe von 800 Millionen Goldmark den Versailler Vertrag zu durchlöchern. Die Finanzleute dagegen erklären das Gegenteil, nämlich:

„Geld kann nur gegeben werden, wenn die gefährliche Reparationskommission, die unter Poincaré zum Werkzeug der Ruhrexpedition gemacht wurde, aus dem Dawes-Plan verschwindet, und wenn endlich eine klare Verständigung mit Deutschland erzielt ist, ohne die berüchtigte Klausel isolierter Sanktionen."

Man hat nämlich in amerikanischen Kreisen in Erfahrung gebracht, daß die Poincaristen bereits wieder auf der Suche nach neuen Möglichkeiten isolierter Sanktionen sind. Ein New-Yorker Blatt schreibt gestern, **daß von Poincaré als eine der künftigen Sanktionen nicht mehr die Besetzung des Ruhrgebiets, sondern ein Vorstoß gegen Hamburg ins Auge gefaßt werde.**

Ob die Sache wahr ist, läßt sich natürlich kaum feststellen. Die Meldung allein beweist aber, welche Stimmung in New-Yorker Bankkreisen herrscht und mit welchem Mißtrauen man die Manöver der französischen und belgischen Formeln verfolgt, die immer und immer wieder Frankreichs isolierten Aktionen ein Guckloch offen lassen wollen.

In diesem Manöver liegt aber auch die **Ursache des Mißtrauens der Geldgeber.** Herriot mußte dies sowohl aus dem Munde der englischen Bankleiter vernehmen als auch von den Amerikanern, die seit der Anwesenheit des Staatssekretärs Hughes und infolge besonderer Fühlungnahme mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon in ihren Forderungen viel energischer geworden sind. Was die Rolle des Staatssekretärs Hughes anbelangt, so konnte ich gestern im Gespräch mit zwei amerikanischen Delegierten feststellen, daß seine angeblich „nicht-offizielle" Anwesenheit von größter Tragweite für den Gang der Konferenz ist.

Wenn diese Konferenz scheitert, wird man nicht umhin können, zuzugeben, daß Hughes als maßgebende politische Persönlichkeit der Vereinigten Staaten und wahrscheinlich auch im Einverständnis mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten es für unmöglich hält, die von den Alliierten vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen. Hughes teilt das Mißtrauen der amerikanischen Bankleiter, ja mehr als das, er urteilt noch viel ungünstiger über die Reparationskommission. Hughes hat Herriot ausdrücklich erklärt, daß ihm die Richtlinien der Konferenz nicht das entsprechende Vertrauen in eine Wiederherstellung Europas mit Hilfe amerikanischer Finanzwelt einflößen könnten und daß die amerikanische Politik ihrer bisherigen Linie der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten treu bleibe, aber unter günstigeren Bedingungen bereit wäre, an einer Förderung der wirtschaftlichen Interessen Europas und dem friedlichen Wiederaufbau der ganzen Welt teilzunehmen.

Herriot betonte zwar die besten Absichten Frankreichs, aber es scheint, daß ihm dies bei Hughes nicht viel genutzt hat. Ebenso wie die Bankleiter urteilt Hughes über den Formelkram der isolierten Aktionen durchaus abfällig und lehnt den Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten Theunis als unklar und unzulässig ab. Daraus ergibt sich, daß die von den Bankleitern aufgerollte Frage schließlich doch zu einer politischen geworden ist; denn Hughes sprach als Persönlichkeit der Washingtoner Regierung und übertrug gewissermaßen die Befürchtungen der amerikanischen Hochfinanz ins Politische.

In der gestrigen Vollsitzung wurde über diese Bemerkungen begreiflicherweise nicht gesprochen. Nur der amerikanische Botschafter Kellogg machte die Bemerkung, daß er von Hughes Instruktionen erhalten habe, die ihm eine weitere Beteiligung an der Diskussion der schwebenden Fragen schwierig machten. Er halte sich aber der Konferenz jederzeit zur Verfügung.

Um die Amerikaner etwas besser zu stimmen, wurde in der Vollsitzung beschlossen, die Frage der Zulassung Deutschlands zur Konferenz von zwei Juristen prüfen zu lassen. Wie ich erfahre, besteht dieses Gutachten der Juristen bereits seit vier Tagen, wurde aber erst jetzt erwähnt, weil sich Herriot bisher geweigert hat, darüber zu sprechen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Deutschland das Recht zusteht, an den Verhandlungen teilzunehmen und an ihnen aktiv mitzuwirken.

Der französische Ministerpräsident ließ gestern bekanntmachen, daß er bis Montag nach Paris reisen werde. Ob er dies wirklich tun wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Seine politischen Anhänger haben ihn wissen lassen daß er unbedingt die Konferenz und damit auch die Anleihe retten müsse. Ich konnte gestern einen Brief eines linksrepublikanischen Delegierten an den Vertreter eines großen Pariser Blattes lesen. Darin heißt es:

„Poincaré ist an unsrer verzwickten Lage schuld. Wir müssen jetzt die Affaire in Ordnung bringen, aber in der Kammer werden wir mit den Blocknationalisten gründlich abrechnen. Es ist nur schade, daß diese bisher von uns geschont wurden."

Es läßt sich nicht verkennen, daß auch in den nationalistischen Blättern an der Seine eine etwas gedämpfte Stimmung vorherrschend ist. Gestern sah man in einem Londoner Restaurant den Vertreter des „Echo de Paris", Géraulf-Pertinax, mit Lloyd George frühstücken. Ich glaube, aus diesem Ereignis schließen zu dürfen, **daß Lloyd George seine Fühler ausstreckt, um wieder mit Poincaré in Kontakt zu kommen.** Der etwas gesprächige Géraulf erzählte nachher, daß Lloyd George sehr ernst über die Lage gesprochen und bemerkt habe, daß es sich um eine kaum wiederkehrende Gelegenheit handle, den Frieden in Europa wiederherzustellen. Alle Feinde der Konferenz, so sagte Lloyd George, seien Feinde der Menschlichkeit.

In finanzieller Hinsicht ist aber auch für Frankreich die Rettung der Konferenz von entscheidender Tragweite, weil dadurch Frankreich einen größeren amerikanischen Kredit bekommen kann. Wie ich erfahre, würde eine amerikanische Bankengruppe den Franzosen eine Anleihe von 600 Millionen Goldmark in drei oder vier Abschnitten gewähren. Außerdem sind mit England Besprechungen in der Frage der Schulden an England im Gange.

Wenn also die französische Regierung ihren Widerstand gegen die berechtigten und mit dem Dawes-Plan übereinstimmenden Forderungen der Bankkreise aufgibt, so läßt sich eine großzügige Mitwirkung der amerikanischen Hochfinanz erwarten. Deshalb hat Frankreich nur zu verlieren, wenn es eine vernünftige Einigung mit den maßgebenden amerikanischen Bankkreisen zurückweist.

*

Der Verlauf der zweiten Vollsitzung

× London, 24. Juli. Die heutige Vollsitzung der Konferenz wurde von Macdonald mit einer Erklärung über die Vertretung der Dominions und Indiens eröffnet, wobei er betonte, daß die in dieser Hinsicht getroffene Vereinbarung nur als zeitweilige Regelung anzusehen sei und nicht als Präzedenzfall gelten dürfe. An dem Delegiertentisch saß als Vertreter Canadas Senator Belcourt. Die Konferenz nahm zunächst einen Antrag Herriot an, durch den ein juristischer Ausschuß ernannt wird, der aus dem Rechtsberater des britischen Auswärtigen Amtes Cecil Hurst und dem Mitglied des französischen Auswärtigen Amtes Fromageot besteht. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, folgende Fragen zu beantworten:

1. **Wirft die Durchführung des Dawes-Planes Fragen auf und, wenn ja, welche Fragen, die durch eine besondere Vereinbarung mit Deutschland geregelt werden müßten?**
2. Welches Verfahren soll angewendet werden, um eine direkte Vereinbarung zustande zu bringen, ohne in irgendeiner Weise dem Versailler Vertrag zuwiderzuhandeln?

Die Arbeiten dieses Ausschusses werden als erster Schritt zur Heranziehung deutscher Vertreter zur Konferenz angesehen. Im Sinne des ersten Komitees sprach hierauf Snowden, der jedoch nicht formell einen Bericht unterbreitete. Er gab eine Uebersicht über die Arbeiten des Komitees und erklärte, verschiedene Mitglieder wollten über die Grenze des ihnen zugewiesenen Verhandlungsstoffes gehen. Er habe sich jedoch dagegen ausgesprochen. Thomas erörterte hierauf die Arbeiten des zweiten Ausschusses und erklärte, der Ausschuß sei noch nicht bereit, einen Bericht zu erstatten. Endlich las Lindersley den Bericht des dritten Komitees vor. Es folgte eine längere Erörterung über die Ausdehnung des den verschiedenen Komitees zugewiesenen Verhandlungsstoffes. Die Komitees werden jetzt ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Morgen findet wahrscheinlich eine weitere informelle Zusammenkunft der Bankvertreter statt.

Hoffnungen und Entwürfe

Von unserm B-Mitarbeiter

Berlin, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Es scheint nunmehr festzustehen, daß man die deutschen Vertreter an den Londoner Konferenztisch laden wird. Frankreich hatte bis zuletzt widerstrebt, aber diese Widerstände sind nun wohl überwunden, und man nimmt an, daß der deutsche Botschafter heute die Einladung nach Berlin übermitteln wird.

Freilich ist noch nicht sicher, zu welchem Ende man die Vertreter Deutschlands auffordern wird, sich in die Konferenzstadt zu bemühen. Davon wird die Zusammensetzung unsrer Delegation abhängen. Sollte man das Spiel von früher wiederholen und die deutschen Vertreter nur laden, um die Einigungsformeln der Alliierten zu vernehmen, so könnte von der Entsendung einer Delegation selbstverständlich keine Rede sein. Dann möchte zu solchem Amt auch ein einsamer Ministerialdirektor genügen, wofern man es nicht überhaupt vorzöge, um die Uebersendung der Protokolle nach Berlin zu bitten.

Im andern Falle wird, wie wir glauben möchten, der Kanzler die deutsche Vertretung führen, die aber, im Gegensatz zu früheren Anläßen, nur aus einer kleinen und sorgfältig gesichteten Schar bestehen soll. Man wird erfreulicherweise nicht wieder, wie in Versailles und Genua, mit Roß und Reisigen und einem ganzen Troß liebenswürdiger Schreibfräulein sich präsentieren.

Leistet die Regierung als solche der Ladung Folge, so dürfte die Delegation am Sonntag Berlin verlassen, um am Montag an Ort und Stelle zu sein. Für Montag wird auch Herr Herriot wieder in London erwartet, der sich am Freitag — nicht von der Opposition gerufen, wohl aber von seinen eigenen Parteifreunden, die, wie man hört, von den Wandlungen ihres Führers ins Poincaristische nicht eben erbaut sein sollen — nach Paris begibt.

In London selbst (das Bild wechselt freilich bisweilen von Stunde zu Stunde) scheinen die Dinge neuerdings nicht gerade ungünstig verlaufen zu sein. Die Amerikaner arbeiten offensichtlich in zwei Trupps: auf der einen Seite die großen Persönlichkeiten des politischen Lebens der Union, auf der andern die Vertreter des Anleihekapitals.

Beide arbeiten natürlich ausschließlich im amerikanischen Interesse. Das hindert nicht, daß wir unter Umständen aus ihren Operationen zu profitieren vermöchten. Die beiden angelsächsischen Mächte sind auch diesmal, soweit man das von hier aus zu übersehen vermag, im Einvernehmen, und man hat den Eindruck, daß dieses Zusammengehen auch von Italien unterstützt wird. Neuerdings hört man, daß von den Bankern auch an ausgesprochen politische Fragen gerührt werden soll.

Aber auch im Zusammenhang mit den Anleihen müßten, wie man in Berlin glaubt, alle die Probleme erörtert werden, die bislang den Gegenstand deutscher Sorgen und deutscher Beunruhigung gebildet haben. Von den drei großen Fragenkomplexen, um die sich die Auseinandersetzungen bisher gedreht haben, scheint es um die wirtschaftliche Räumung verhältnismäßig am günstigsten zu stehen.

Anders liegen die Dinge bei der Reparationskommission und bei den Sanktionen. Es kann keine Rede davon sein — in der Beziehung sprechen die bisherigen Verlautbarungen der deutschen Regierung eine durchaus eindeutige Sprache —, daß wir die neue Rolle, die man der Reparationskommission zu überweisen geneigt ist ohne weiteres hinnehmen. Nach wie vor werden wir zu fordern haben, daß man einen andern Ausschuß mit der Aufgabe betraut, über absichtliche Verfehlungen (und nur solche kommen hier in Frage, nicht die einfachen „manquements", von denen seit einiger Zeit die französische Presse zu reden liebt) zu machen. Zum mindesten werden wir auf eine ganz andre Zusammensetzung der Reparationskommission zu dringen haben, die ein einzelnes Vorgehen Frankreichs schlechthin ausschließt; soweit wir unterrichtet zu sein glauben, wird es an deutschen Gegenvorschlägen in der Beziehung auch nicht mangeln.

Da Herr Herriot — merkwürdig genug — kürzlich sich die Auffassung seines Vorgängers zu eigen gemacht hat, daß die militärischen Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, werden vermutlich auch diese Dinge von unsrer Delegation in London zur Sprache gebracht werden. Es scheint ja nun, als ob, im Zusammenhang mit dem Völkerbund, eine ganz neue Ordnung der Besatzungsverhältnisse im Rheinland geplant sei. Wenn der Dawes-Plan zur Durchführung kommt, wird die Entente ihre etwaigen Besatzungstruppen selber zu bezahlen haben, und es mag ja wohl sein, daß diese Aussichten die Reformfreudigkeit geweckt und gestärkt haben.

Immerhin wird darauf zu achten sein, daß aus dem Rheinland dann nicht etwa ein zweites Saargebiet geformt wird. Ebenso wie wir Gewähr dafür haben müssen, daß, wenn das Rheinlandabkommen wieder in Kraft tritt, mit ihm auch wirklich das seit Jahr und Tag verlassene System der Rheinlandakte von neuem in Kraft gesetzt wird. Zur militärischen Räumung des Ruhrgebiets, das ist richtig, würde der Wortlaut des Sachverständigengutachtens Frankreich und Belgien an sich noch nicht verpflichten. Auch hier wird indes in London auf Klärung zu dringen sein, zum mindesten in der Richtung, auf die wir mehrfach schon hingewiesen haben, daß die Termine für den etappenweisen Abmarsch der fremden Truppen festgesetzt werden.

In der Ententepresse ist in der letzten Zeit hier und da angedeutet worden, daß an die Konferenz von London sich eine zweite in Paris schließen sollte, auf der die bislang anscheinend vernachlässigte Frage der Sicherheit zu erörtern wäre. Wir glauben nicht, daß die deutsche Regierung für einen solchen Modus sich wird erwärmen wollen. Es darf als ausgeschlossen gelten, daß die deutsche Delegation in London Ja und Amen sagt, um dann in Paris neue Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Frage zu beginnen, was sie unter Sicherheiten verstehen.

Das alles sind freilich im Augenblick nur Hoffnungen und Entwürfe. Aber es ist ungefähr das, was sich über Pläne und Absichten der deutschen Regierung herausdestillieren läßt und was wohl auch gestern vormittag in der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß so oder ähnlich gesagt worden ist. Unerwünscht und im höchsten Maße bedauerlich bleibt, daß nun doch am Freitag im Reichstage im Zusammenhang mit dem Notetat eine Debatte über die auswärtige Politik stattfinden wird. Die Deutschnationalen haben versichert, daß sie sich mit der Abgabe einer formulierten Erklärung begnügen wollen. Die wird voraussichtlich nicht viel mehr enthalten als die sieben Punkte, die wir ja nun schon kennen und die, bis auf den letzten, die Kriegsschuldfrage, eigentlich nur das zusammenfassen, worin sich alle Welt bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein einig ist.

Zusammen mit dem Notetat soll auch die deutschnationale Interpellation über die Kriegsschuldfrage verhandelt werden. Die Interpellanten werden nicht erwarten dürfen, daß das Kabinett in dem Augenblick, wo seine am meisten maßgebenden Mitglieder sich nach London begeben, tief in die Materie hineinsteigt. Wir möchten vermuten, daß die Antwort der Regierung sich im wesentlichen in dem Hinweis auf frühere Erklärungen erschöpfen wird.

*

Immer neue „Formeln"

Wie man die Lage in Paris beurteilt

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 24. Juli

Die Konferenz fand gestern nachmittag vor wichtigen Entscheidungen. Die zweite Vollsitzung hatte sich mit den Berichten der drei Kommissionen und mit der Einsetzung eines „juristischen Komitees" zu befassen, das zu prüfen hat, in welchen Punkten der Dawes-Plan aus dem Rahmen des Versailler Vertrages herausgeht und ob Deutschland zur Konferenz gerufen werden kann (!). Die Verhandlungen der Vollsitzung zogen sich in die Länge. Das Hauptinteresse der politischen Kreise von Paris gilt dem neuen Vermittlungsvorschlag des belgischen Ministerpräsidenten Theunis in der Frage der Verfehlungen und der Sanktionen. Wie man erfährt, hat dieser Vorschlag verschiedene Wandlungen durchgemacht, bis man sich endlich auf folgende Version einigte:

„Die Verfehlungen Deutschlands werden durch die durch einen amerikanischen Delegierten verstärkte Reparationskommission festgestellt. Während der Dauer der 800-Millionen-Anleihe sollen aber vor diesbezüglichen Beschlüssen der Reparationskommission nicht nur ein Vertreter der Geldgeber, sondern auch fünf Mitglieder des Sachverständigenausschusses angehört werden, die den Dawes-Plan ausgearbeitet haben. Dieser fünfgliedrige Ausschuß wird aus einem Amerikaner, einem Engländer, einem Franzosen, einem Belgier und einem Italiener bestehen."

Dieser Vermittlungsvorschlag gründet sich auf eine Bestimmung im zweiten Anhang des achten Teils des Versailler Vertrags. Dort wird bestimmt, daß die